



Ausgabe 13

12. April 2011

Inhalt >>>

- > Stichtag 1. Mai-6 Forderungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit **Kerstin Westphal** 1
- > Gipfelstürmer ohne Karten **Ismail Ertug** 2
- > Revolutionen in Bahrain, Syrien und Jemen 2
- > **Wolfaana Kreissl-Dörfler** Logische Folge aus der Atomdebatte: Europaweiter Ausstieg! **Kerstin Westphal** 3
- > Islands Geld und Fische **Kerstin Westphal** 3
- > Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand **Wolfaana Kreissl-Dörfler** Unzulängliche Ultima Ratio **Kerstin Westphal** 4
- > Zur Info: GASP 3
- >>> **Service**
- > Kontakt 4

Stichtag 1. Mai

6 Forderungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit von Kerstin Westphal

Die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt zu den vier Grundfreiheiten der Europäischen Union. Alle Menschen in der EU müssen das Recht haben, in jedem europäischen Land leben und arbeiten zu können.

In knapp drei Wochen macht Europa bei der Umsetzung dieses Rechts einen weiteren Schritt nach vorne. Denn am 1. Mai laufen die deutschen Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit aus. ArbeitnehmerInnen aus acht mittel-osteuropäischen Ländern erhalten freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Wir SPD-Europaabgeordneten sind überzeugt, dass die Freiheit, überall in Europa leben und arbeiten zu können, eine wichtige Errungenschaft ist. Sie beugt auch dem Fachkräftemangel vor. Allerdings sagen wir auch, dass die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts begleitet sein muss von Maßnahmen, um allen ArbeitnehmerInnen Sicherheit vor Lohn- und Sozialdumping zu bieten.

Die Bundesregierung hat versagt Obwohl Deutschland die maximale Übergangszeit zur Abschottung seines Arbeitsmarktes in Anspruch genommen hat, hat die Bundesregierung es nicht geschafft, rechtzeitig notwendige Weichenstellungen anzugehen. Auch wenn mit keinem massiven Zuzug von Arbeitskräften zu rechnen ist, müssen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, wenn man nicht Lohn- und Sozialdumping billigend in Kauf nehmen will. Wir Sozialdemokraten im EP haben 6 konkrete Forderungen formuliert:

1. Leiharbeit in das Entsendegesetz aufnehmen Damit ab Mai gewährleistet sein kann, dass LeiharbeiterInnen aus dem EU-Ausland zu den gleichen Löhnen und Arbeitsbedingungen wie deutsche KollegInnen beschäftigt werden, muss die Leiharbeitsbranche in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

2. Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn Es muss endlich ein flächendeckender Mindestlohn geschaffen werden, um Beschäftigte, die nicht an tarifvertraglich geregelte Mindestlöhne gebunden sind, vor Lohndumping zu schützen. Ein Mindestlohn würde nicht nur die deutschen ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping schützen, sondern auch zugewanderten Arbeitskräften Schutz vor Ausbeutung bieten.

3. Scheinselbstständigkeit verhindern Neben den Forderungen nach einem anständigen Lohn muss die Bundesregierung in einem europäischen Arbeitsmarkt dafür sorgen, dass die Grenzen zwischen Selbstständigkeit, entsandten und angestellten ArbeitnehmerInnen klar gezogen werden. Sonst können über Formen der Scheinselbstständigkeit Löhne und Sozialstandards ausgehebelt werden.

4. Kontrolle und Rechtssicherheit ausweiten Kontrollbehörden müssen mit allen notwendigen Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten versehen sein, um die Rechte aller ArbeitnehmerInnen durchzusetzen und Schwarzarbeit zu verhindern.

5. Mitbestimmungsrecht sichern und stärken Wir brauchen eine entsprechende Vertretung der ArbeitnehmerInnen durch Gewerkschaften und müssen auch einen freien Zugang zu den im Zielland aktiven Arbeitnehmervertretungen ermöglichen.

6. Gleiche Standards in den Grenzgebieten schaffen Insbesondere in Grenzgebieten ist es wichtig, dass Gewerkschaften eng zusammenarbeiten, um Unterschiede in den Standards und damit verbundene Strukturveränderungen auszugleichen.

O-Ton

„We want quality, not inequality.“

Giorgos Andrea Papandreou,
griechischer Ministerpräsident,
am 29. März 2011 in Athen

Gipfelstürmer ohne Karte

Interview mit Ismail Ertug zum Weißbuch Verkehrspolitik



Die EU-Kommission hat am **Montag, 28. März** ihr neues Weißbuch "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" vorgestellt. Die Kommission spricht sich klar für einen

Ausbau des Schienennetzes aus.

Ist der Kommission ein großer Wurf gelungen?

Rhetorisch auf jeden Fall, denn die Verbesserung der Infrastruktur, Nachhaltigkeit und ein neues Bewusstsein für Mobilität kann niemand schlecht finden. Der Weg dahin wird aber nicht beschrieben, mir fehlen vor allem Vorschläge zur Finanzierung. Zum Beispiel soll bis 2030 ein Drittel der Güter, die derzeit auf der Straße mehr als 300 Kilometer weit transportiert werden, auf die Schiene verlagert werden, und Personen sollen alle Strecken bis zu 1000 Kilometer auf der Schiene zurücklegen. Damit bin ich

einverstanden, denn die Schiene ist langfristig die günstige Alternative zum Straßenverkehr. Aber ich vermisse erstens das Preisschild und zweitens realistische Vorschläge für die Gegenfinanzierung.

Gibt es tatsächlich kein Finanzierungskonzept?

Der Ausbau der Schiene soll im Wesentlichen durch die Abgaben finanziert werden, die bei der Straße eingenommen werden, Maut beispielsweise oder die Bepreisung von Lärm und Abgasen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir dürfen den Verkehrssektor nicht isoliert sehen, sondern müssen gemeinsam mit beispielsweise dem Ausschuss für Industrie und Umweltschutz Projekte anschieben, die Europa einen technologischen Vorsprung ermöglichen. Unsere geographische Vielfalt ist das perfekte Versuchslabor, um Technologien zu entwickeln und zu testen. Zum Beispiel könnten wir das bestehende Verkehrsnetz als Energienetz doppelt nutzen. Neben Autobahnen könnten Windräder aufgestellt werden, deren Strom per Induktion die fahrenden Elektrofahrzeuge auflädt.

Das klingt erst recht utopisch, auch weil Klimaschutz ein Luxus ist, der spätestens seit der Finanzkrise kaum mehr finanziert werden kann, wie manche kritisieren.

Vor dreißig Jahren hätte auch niemand gedacht, dass wir durch das Berühren eines Bildschirms in einer Zeitung blättern. Angesichts eines stetig steigenden Ölpreises und einer Abhängigkeitsquote des europäischen Transportsektors von 96 Prozent müssen wir auch aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen weg von fossilen Energien.

Pro Jahr sterben 100.000 Menschen bei Verkehrsunfällen. Was lässt sich die Kommission dazu einfallen?

Bis 2020 soll die Zahl der Verkehrstoten auf europäischen Straßen halbiert werden – was durch die Verlagerung auf die relativ risikoarme Schiene möglich wird. Auf der Straße soll auch über die Einführung von sogenannten Alkolocks beraten werden, die z.B. in Reisebussen oder LKWs eingebaut werden könnten. Neben dem Zündschloss eine Röhre zum Pusten, und wer betrunken ist, kann nicht Gas geben. Ich halte es für Opportunismus, dass diese Regelung nicht auch für Privatpersonen gelten soll, da kann man sie sich gleich ganz sparen.

© freepress.com

Logische Folge aus der Atomdebatte: Europaweiter Ausstieg!



Seit den Reaktorunfällen in Fukushima gibt es in Deutschland nicht nur einen breiten gesellschaftlichen, sondern endlich auch wieder einen politischen Konsens: AKWs abschalten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ihre Haltung zu Atomkraft binnen Stunden radikal verändert. Die Debatte scheint sich nur noch um den Zeitpunkt zu drehen. In Europa gehen die Meinungen leider weit auseinander.

Stresstests unzureichend

Dies wird schon bei den sogenannten "Stresstests" deutlich, die die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel Ende März vereinbart haben. Dieser Plan ist leider nur eine Absichtserklärung. Der Stresstest für alle 143 AKWs in der EU ist freiwillig und soll von nationalen Agenturen durchgeführt werden. Welche Konsequenzen die Tests haben sollen, ist ebenfalls unklar. Aus Sicht von uns Sozialdemokraten ist diese Absichtserklärung nicht ausreichend. Wir wollen außerdem nicht nur den Sicherheitsaspekt bei alten, maroden (S.3)

Revolutionen in Bahrain, Syrien und Jemen



© EP

Die Revolutionen in Tunesien, Ägypten und Libyen haben sich auf andere arabische Staaten ausgedehnt. Das [EU-Parlament](#) diskutierte daher am 6.04.2011, wie die EU auf die Ereignisse in Bahrain, Syrien und Jemen reagieren soll.

Unterstützung für Reformen

Für uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ist klar, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Menschen in Bahrain, Syrien und Jemen, die für ihre Menschenrechte, Würde und Demokratie kämpfen, jetzt helfen müssen. Die brutale Niederschlagung friedlicher Demokratiebewegungen ist inakzeptabel und verstößt gegen unsere europäischen Grundwerte. Wir müssen die friedlichen Demokratiebestrebungen der lokalen Bevölkerungen unterstützen. Deshalb rufen wir auch die Regierungen in Bahrain, Syrien und Jemen auf, sofort einen

offenen Dialog und wesentlichen Reformprozess einzuleiten. Daran müssen alle demokratischen politischen Kräfte und die Zivilgesellschaft beteiligt werden, damit der Weg für echte Demokratie geebnet, der Ausnahmezustand aufgehoben und die Umsetzung konkreter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen eingeleitet wird. Nur so erreichen wir langfristig Stabilität und Entwicklung.

EU-Außenpolitik überprüfen

Neben der Unterstützung für Reformen müssen wir auch unsere Politik gegenüber diesen Ländern überprüfen. Im Falle Syriens fordert unsere sozialdemokratische Fraktion die Aussetzung der Verhandlungen für ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem arabischen Land. Wir vertreten die Auffassung, dass die Unterzeichnung eines solchen Abkommens davon abhängen muss, ob die syrische Regierung bereit ist, die gewaltsame Unterdrückung ihrer BürgerInnen unverzüglich zu stoppen und spürbare demokratische Reformen einzuleiten. Außerdem fordern wir SPD-Europaabgeordnete die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Waffenlieferungen nach Syrien, Bahrain und Jemen zu überprüfen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten auch weitere Sanktionen für autoritäre Regimeführer, wie etwa Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen, in Betracht ziehen. **WKD**

Meilern betonen. Für uns ist es selbstverständlich, dass laufende Atomkraftwerke bei festgestellten Schwächen sofort und endgültig vom Netz müssen. Wir wollen weiter gehen und fordern darüber hinaus den grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomkraft! Die Atomkraft ist niemals restrisikofrei, daher müssen wir uns europaweit um Alternativen kümmern. Dazu gehört, dass alle Staaten ihre Anstrengungen im Bereich Energieeffizienz und bei der Förderung erneuerbarer Energien deutlich erhöhen müssen. Außerdem müssen wir den Betrieb und die Sicherheit von Atomkraftwerken endlich auf die europäische Ebene verlagern. Uns ist bewusst, dass die Atomkraftbefürworter Ängste schüren werden. Aber wer Sicherheit und Zukunft will, muss dies auch politisch gestalten.

Resolution gescheitert

Diese Ideen und Forderungen wollten wir auch in eine Resolution des Europaparlaments einbringen. Doch leider konnte sich das EP bei der Abstimmung letzten Donnerstag nicht auf eine gemeinsame Resolution einigen. Konservative Mehrheiten und nationale Interessen im Europäischen Parlament haben eine Einigung verhindert. So wollten die Konservativen unsere Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft nicht unterstützen. Eine nur aus Selbstverständlichkeiten bestehende Resolution zu verabschieden hätte aber keinen Sinn ergeben.

Protest gehen weiter

Wir unterstützen die vielen Mahnwachen und Aktionen für einen Atomausstieg in ganz Bayern. Vielfach unter dem Motto „Fukushima mahnt – Atomkraft beenden“. Dabei dürfen wir einen Super-GAU nicht vergessen, da sich leider am 26. April zum 25. Mal der Super-GAU von Tschernobyl jährt. Dazu wird es unter anderem am AKW Grafenrheinfeld (Landkreis Schweinfurt) eine Aktion geben. Mehr Infos auf www.tschernobyl25.de **KW**

Zur Info >>>

GASP

Die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) ist ein intergouvernementaler Politikbereich der Europäischen Union. Im Unterschied zu anderen EU Politikfeldern wie z.B. dem Binnenmarkt oder der Verkehrspolitik, ist die GASP nicht vergemeinschaftet. Folglich sind die drei institutionellen Hauptakteure der Europäische Rat, der Außenministerrat und der mit dem Lissabon-Vertrag neu geschaffene EAD. Die GASP umfasst die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ist Teil des "Auswärtigen Handelns der Union". Ihre Ziele sind die Wahrung der gemeinsamen Werte und Interessen der EU, Friedenssicherung, Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenrechte.

Islands Geld und Fische

"[...] Schwarz wird die Sonne, die Erde sinkt ins Meer, Vom Himmel schwinden die heitern Sterne. Glutwirbel umwühlen den allnährenden Weltbaum, Die heiße Lohe beleckt den Himmel [...]"(Älteren Edda, Völuspá) heißt es in altisländischen Götterliedern zum Untergang der Welt. Diese düstere literarische Perspektive hat das Europäische Parlament in seiner Resolution zum Island-Fortschrittsbericht der Kommission nicht eingenommen, sondern im Gegenteil die vielen Fortschritte Islands im vergangenen Jahr auf dem Wege eines Beitritts zur EU positiv bewertet und sehr begrüßt. Am Donnerstag, den 07.04.2011 hat das Parlament die gemeinsame Resolution mit großer Mehrheit angenommen. In seinem ersten jährlichen Bericht zu Island seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im letzten Jahr stellt das Parlament fest, dass Island und die Europäische Union in den vergangenen 40 Jahren in vielen Bereichen gute Beziehungen gepflegt haben, dazu zählt auch die Beteiligung Islands am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). So nimmt Island u. a. seit über 15 Jahren effektiv am Binnenmarkt teil und wendet seit 2001 den Schengen-Besitzstand an.

S&D-Fraktion für Beitritt

Die Resolution des Parlaments zum Fortschrittsbericht 2010 zu Island hat auch unsere Zustimmung erhalten. Auch wir Sozialdemokraten unterstützen den Beitritt Islands, eine der ältesten Demokratien Europas, zur EU. Wir sind uns bewusst, dass dieser Bericht lediglich eine Momentaufnahme ist - wenn auch eine sehr positive. Obgleich es noch einige Aufgaben zu erledigen gilt, gehen wir davon aus, dass der Beitrittsprozess zügig verlaufen wird.

Icesave-Kompromiss ist ein Muss

Das Parlament begrüßt auch, dass es

bei der Frage der Entschädigung der Icesave-Kunden - eine isländische Bank, die während der Finanzkrise insolvent wurde und bei der vor allem Kunden aus Großbritannien und den Niederlanden Einlagen hatten, Fortschritte gegeben hat. Leider stimmten am Samstag, den 09.04.2011, die Isländer in einem weiteren Referendum dazu mit Nein. Auch wenn ein erfolgreicher Kompromiss zu Icesave nicht Bedingung für einen Beitritt ist, so ist sein Fehlen doch signifikant für die Probleme, die noch zu bearbeiten sind.

EU-Beitritt entscheidet sich an Fisch

Wir hoffen, dass beim Fortschrittsbericht im nächsten Jahr die noch offenen Fragen geklärt werden können. Dazu zählt vor allem die Fischereipolitik. Nach Ansicht des amtierenden Außenministers Islands wird der Beitritt Islands vermutlich an dieser Frage entschieden werden. Der Fischfang ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Beitrittskandidaten - rund 40 % der Exporteinnahmen entfallen allein darauf, am BIP Islands hatte er im Jahr 2009 einen Anteil von rund 10%. Falls Island der EU beitrete wäre es zwar der bevölkerungsärmste Mitglied- aber gleichwohl der größte Fischfangstaat der EU. Island wehrt sich aufgrund der Bedeutung des Fischfangs nach wie vor gegen das in der EU gültige Verbot des Handels mit Walprodukten und dem damit einhergehenden Verbot von Walfängen; Island hofft, dass es dazu im Beitrittsprozess eine Sonderregelung mit der EU erreichen kann. Ähnliches gilt für den Fang von Makrelen, die Island in seinen Gewässern ebenfalls ohne Regelung durch die EU-Fischereipolitik befischen möchte. Wir Sozialdemokraten hoffen sehr, dass die Isländer in den Verhandlungen sich in diesem Punkt bewegen und den Beitritt letztlich befürworten. **KW**

Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand



Die EU-Kommission überprüft derzeit die sogenannte **Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)** und will im April ihren

neuen strategischen Ansatz vorstellen. Die ENP wurde 2004 ins Leben gerufen und strukturiert sowohl die Beziehungen zwischen der EU und den benachbarten Staaten in Osteuropa (östliche Dimension) als auch im Mittelmeerraum (südliche Dimension). Ihr Hauptanliegen ist es, einen Raum um die EU herum zu gestalten, der Wohlstand, Stabilität und Sicherheit für die EU und ihre Nachbarn fördert. Das Europäische Parlament hat im Plenum zwei entsprechende Entschließungsanträge verabschiedet.

Stabile und demokratische Nachbarschaft

Als Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische Union die gesamte Bandbreite ihrer Instrumente und ihrer „soft power“ nutzt, um Demokratie und Stabilität in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu fördern. Stabile und wohlhabende Verhältnisse in den angrenzenden Staaten sind im beidseitigen Interesse: sowohl für die Nachbarländer als auch für die Mitgliedstaaten der EU.

Die südliche Dimension der ENP

Die Freiheitsbewegungen in Nordafrika und die aktuellen Entwicklungen dort unterstreichen die Notwendigkeit der **Überprüfung der ENP**, denn die bisherige Ausrichtung hat sich in weiten Teilen als wenig wirksam erwiesen. Wir SPD-Europaabgeordneten werden die laufende strategische Überprüfung der ENP aufmerksam und kritisch begleiten. (S.4)

Grundsätzlich fordern wir eine neue Herangehensweise, denn gerade die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika zeigen, wie dringend notwendig eine Reform der ENP ist. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen ziehen und sie in die neue Strategie einfließen lassen. Ganz wichtig ist, dass die EU sowohl demokratische Reformprozesse als auch wirtschaftliche und soziale Reformen konsequent unterstützt. Korruption muss wirksam bekämpft werden und Menschen- sowie Freiheitsrechte müssen gefördert werden. Dazu ist aus unserer Sicht erforderlich, dass die finanziellen Mittel, die bereits dafür zur Verfügung stehen, erhöht und effizienter eingesetzt werden.

Die östliche Dimension der ENP

Auch in den östlichen Nachbarregionen der EU sind neue strategische Ansätze erforderlich, die die Besonderheiten vor Ort berücksichtigen. Der Umgang mit unterdrückenden Regimes, wie im Falle Weißrusslands, oder die Situation im Nord-Kaukasus bedürfen bei der Reform besonderer Beachtung. In seiner [Resolution](#) legt das Europäische Parlament seine Ansicht zu einer großen Bandbreite an Themen dar. Wir SPD-Europaabgeordneten plädieren unter anderem für konkrete Aussichten der Nachbarländer auf Visaliberalisierung und Freihandelsabkommen. Im Hinblick auf das EU-Engagement in den Konflikten in der östlichen Nachbarschaft betonen wir die Gültigkeit von grundlegenden Prinzipien wie Gewaltverzicht, territoriale Integrität und Selbstbestimmung und fordern die EU auf, eine aktivere und innovative Rolle bei der Konfliktlösung zu übernehmen. Außerdem bekräftigen wir unsere Position gegenüber Belarus, die vorsieht, einerseits das herrschende Regime zu sanktionieren und zugleich die weißrussische Zivilgesellschaft zu unterstützen. **WKD**

Unzulängliche Ultima Ratio

Zugegeben war die Tagesordnung des zweitägigen Treffens des Europäischen Rates, kurz des EU-Gipfels, am 24. und 25. März 2011 recht ambitioniert.

Schwerpunkt Wirtschaftspolitik

Die Schlussfolgerungen des Gipfels blieben jedoch weit hinter den an ihn gestellten Erwartungen zurück. Insbesondere die Ergebnisse zur Wirtschaftspolitik bewerten wir Sozialdemokraten als wenig überzeugend, nicht inspirierend und ohne Zukunftsvision sowie als zu spät. Dabei ging es im Wesentlichen um nichts weniger, als die Eurozone zu retten - die nun mit einer vier bis fünfmonatigen Verspätung endlich eintrifft. Und die Verspätung dauert fort:

FTT weiter ungewiss

So sollte unter dem Punkt Gesundung des Bankensektors eigentlich die bereits vom Parlament geforderte europäische Finanztransaktionssteuer (FTT) beschlossen werden. Die Schlussfolgerungen gehen nun wieder weit hinter die Formulierungen der Mitgliedstaaten vom 11.03.2011 zurück, die gut und der Forderung des Parlaments entgegen gekommen war. Die Einführung einer europaweiten FTT ist damit wieder unwahrscheinlich geworden. Dabei ist, wie Peer Steinbrück kürzlich formulierte: "die FTT die direkte Heranziehung des Bankensektors zur Finanzierung der Folgekosten der Finanzkrise" - also eben nicht durch die Steuerzahler allein.

ESM wirft Fragen auf

Auch der nun geschaffene Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der ab Juli 2013 die Aufgabe der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) übernimmt, um externe Finanzhilfe für die Mitgliedstaaten

des Euro-Währungsgebiets bereit zu stellen sollen, wirft noch reichlich Fragen auf. Als Lösung "Ultima ratio" konzipiert, soll er mit strengen Auflagen Darlehen gewähren zu Zinsen, die für die verschuldeten Mitgliedstaaten annehmbar sind. Dabei ist es Ziel des ESM, die höchste Bonitätseinstufung der wichtigsten Kreditratingagenturen zu erhalten und zu behalten (Triple A); wie beim ESFS ist die Kapitalausstattung (€ 700,- Mrd.) größer als die maximale Ausleihsomme (€ 500,- Mrd). Die Schlussfolgerungen besagen, dass auch der Privatsektor an den Finanzhilfen beteiligt werden soll. Aber wie? Wer bezahlt Schulden überschuldeter Staaten? Die Einbeziehung des Privatsektors, sprich der Gläubiger, ist richtig; falsch aber ist, diese Haftung erst im Insolvenzfall zu verlangen. Denn staatliche Insolvenz ist ein rein theoretischer Fall. Besser wäre eine Gläubigerhaftung bereits bei Illiquidität, sprich Staaten sich nicht mehr refinanzieren können.

Eurobonds können helfen

Bewusst ignoriert wurde vom EU-Gipfel eine schon lange bestehende Forderung von uns Sozialdemokraten: die Einführung der Eurobonds. Diese EU-Anleihen würden die Geldmenge im Euroraum erhöhen und die Zinslast für defizitäre Mitgliedstaaten senken. Dabei dient der gesamte EU-Haushalt und nicht einzelner Staatshaushalte als Garantie. Unser Ziel muss es doch sein, dass sich jedes Mitglied der Eurozone spekulationsfrei zu fairen Preisen an den Märkten refinanzieren kann. An der Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und Eurobonds führt deshalb kein Weg vorbei. € 80 Mrd. Finanzhilfen für Portugal bei noch härteren Sparprogrammen wären durch frühzeitig eingeführte Eurobonds nicht notwendig gewesen.

KW

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de
 Ansprechpartnerin:
 Britta Besan
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de
 Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
thorsten.kaestl@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu
 AnsprechpartnerInnen:
 Thorsten Kästl Katja Reitmaier
 Maria von Stern
 Bürozeiten:
 Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr

*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts